

Extremistischer Salafismus

| | |
|---|---|
| Sitz / Verbreitung | Alle Regionen Nordrhein-Westfalens, Schwerpunkte in den Ballungszentren des Rheinlands und des Ruhrgebiets |
| Gründung / Bestehen seit | Ursprung salafistischer Bestrebungen: Historische islamische Strömungen vor allem Saudi-Arabiens und Ägyptens Ursprung Jihadistischer Bestrebungen: Mujahidin-Bewegung der 1980er Jahre in Afghanistan. Nordrhein-Westfalen: Etwa ab 2003 erste gezielte deutschsprachige Aktivitäten |
| Struktur / Repräsentanz | Die extremistisch-salafistische Szene in Nordrhein-Westfalen setzt sich aus unterschiedlichen Vereinen, Netzwerken und lokalen Szenen zusammen. Es existiert in Deutschland bisher weder ein Dachverband salafistischer Strukturen, noch eine politische Repräsentanz, wie beispielsweise eine Partei. Entsprechende Versuche sind bislang regelmäßig gescheitert und stoßen auf ideologische Vorbehalte innerhalb der Szene. |
| Mitglieder / Anhänger / Unterstützer 2015 | Mindestens 2.500 bekannte extremistische Salafisten, davon rund 2.000 politisch und 500 gewaltorientiert |
| Veröffentlichungen | Verbreitung der Ideologie politisch-extremistischer Netzwerke über eigene Web-Angebote, Blogs und soziale Netzwerke; regelmäßige Informationsstände insbesondere politischer Salafisten |
| Kurzportrait / Ziele | Der extremistische Salafismus teilt sich ideologisch in zwei Grundströmungen auf: politisch und gewaltorientiert/jihadistisch. Politische Salafisten vertreten eine anti-demokratische und damit verfassungsfeindliche Definition des Islam und streben die Errichtung eines „islamischen“ Staatssystems an. Ihre Hauptaktivität besteht in der Missionierungsarbeit und dem langfristigen Gewinn neuer Anhänger. Gewaltorientierte Salafisten können auch als Jihadisten bezeichnet werden, da sie den Jihad als militärischen Kampf in den Mittelpunkt |

ihrer religiösen Vorstellungen stellen. Sie sind gewillt, ihre Vision von einem „islamischen Staat“ auch mit Waffengewalt umzusetzen. Hauptkonfliktfeld für den von diesen Gruppierungen geführten Jihad sind zurzeit Irak und Syrien, wo der „Arabische Frühling“ in einen blutigen Bürgerkrieg umgeschlagen ist. Jihadisten sind jedoch auch gewillt, die aus ihrem Islamverständnis abgeleiteten politischen Ordnungsvorstellungen in Deutschland mit Gewalt umzusetzen und sich für Maßnahmen, die gegen jihadistische Gruppierungen gerichtet sind, auch an Deutschland zu „rächen“. Der Übergang zwischen den beiden ideologischen Strömungen ist fließend.

| | |
|--------------|--|
| Finanzierung | Spenden, Kriminalität; Finanzierung religiöser Schriften und von Propaganda-Material teilweise aus dem Ausland |
|--------------|--|

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Extremistische Salafisten verstehen die islamische Religion als Ideologie und die Scharia als gottgegebenes Ordnungs- und Herrschaftssystem. Demokratie ist in ihren Augen eine falsche „Religion“. Gesetze können der salafistischen Ideologie zufolge nur von Gott kommen (Prinzip der göttlichen Souveränität) und niemals vom Volk. Die Volkssovereinheit als wesentliches Element der Demokratie westlicher Prägung ist demnach unvereinbar mit dem religiös argumentierenden Salafismus.

Vertreter dieser Ideologie behaupten, dass alle gesellschaftlichen Probleme nur durch eine uneingeschränkte Anwendung von Koran und Sunna sowie eine entsprechend strikte Ausrichtung des Lebens gelöst werden können. Dazu zählt die konsequente Anwendung der „Scharia“ nach salafistischer Auslegung.

Sie fordern eine rigide Trennung von Mann und Frau, nicht nur in der Moschee, sondern insgesamt im öffentlichen Raum. Eine gemeinsame schulische Erziehung von Jungen und Mädchen wird grundsätzlich abgelehnt. Sie grenzen Frauen auf den heimischen Bereich ein. Berufstätigkeit von Frauen wird abgelehnt. Frauen sollen sich ganz auf den Haushalt und die Kindererziehung konzentrieren. Sie sind nach diesem Wertebild nominell gleichwertig, aber keinesfalls gleichberechtigt.

Die gewaltorientierten Salafisten innerhalb dieses Spektrums propagieren offen „Jihad“ im Sinne eines bewaffneten Kampfes und „Märtyrertums“.

Die salafistische Ideologie widerspricht somit in wesentlichen Punkten (Gesellschaftsbild, politisches Ordnungssystem, individuelle Freiheit) den Grundprinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Darüber hinaus führt sie zur Bildung einer Parallelgesellschaft. Dies birgt

aufgrund der propagierten feindlichen Einstellungen gegenüber der übrigen Gesellschaft ein großes Konfliktpotenzial und gefährdet das friedliche gesellschaftliche Zusammenleben. Die extrem vereinfachende Ideologie der salafistischen Bestrebungen hat in der Vergangenheit vielfach eine weitere Radikalisierung gefördert. Sie bildet die ideologische Grundlage für eine sich weiterhin vollziehende Ausreisebewegung junger radikalisierte Menschen in den Irak und nach Syrien.

Von den gewaltorientierten Salafisten geht eine tatsächliche Gefährdung für die innere Sicherheit in Deutschland aus. Sie sind bereit, zum Erreichen ihrer Ziele auch in Deutschland schwerste Gewalttaten zu verüben und schrecken dabei auch vor vielfachem Mord nicht zurück. Ihre Vorstellungen von einem „islamischen Staat“ stehen in einem diametralen Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung in Deutschland und Europa.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Der extremistische Salafismus hat sich im Jahr 2015 im Wesentlichen auf vier Bereiche fokussiert:

Missionierung

Verteilung religiöser Schriften im öffentlichen Raum, Wohnungs-Dawa und Missionierung über Webseiten und in sozialen Netzwerken. Damit wird das Ziel verfolgt, Personen an die Netzwerke heranzuführen, ohne im Vorhinein die extremistische Agenda öffentlich deutlich zu machen.

Hilfsorganisationen

Spendensammlungen für Hilfsaktionen zum Thema Syrien. Unter einem humanitären Label werden Gelder und Sachspenden gesammelt und zum Teil gezielt salafistischen Netzwerken in Syrien zugeführt. Diese Aktionen werden als Gegenmaßnahmen zu angeblich „christlich-missionarischen“ Hilfsaktionen in Syrien wie beispielsweise des Internationalen Roten Kreuzes propagiert.

Gefangenenhilfe

Durch Netzwerke zur Gefangenenhilfe werden Personen der salafistischen Szene betreut, die meist aufgrund von Staatsschutzdelikten vor Gericht stehen oder verurteilt worden sind. Die Betreuung reicht von Besuchen der Prozesstermine bis hin zu „Erbauungsbriefen“ in der Haft. Diese „Hilfe“ verfolgt das Ziel, Reue zu verhindern und Resozialisierungsprozesse zu unterbinden.

Jihadismus

Gewaltorientierte Salafisten (Jihadisten) sind gewillt, ihre Vision eines „Islamischen Staates“ mit terroristischer Gewalt umzusetzen. 2015 waren jihadistische Salafisten vor allem auf den internationalen Jihad in Syrien und im Irak fokussiert, wo sich nach dem „arabischen Frühling“ ein blutiger Bürgerkrieg entwickelt hat.

Die Spaltung der jihadistischen Bewegung in Kern-al-Qaida und ihr nahe stehende Gruppen sowie den sogenannten **Islamischen Staat (IS)**, der aus al-Qaida im Irak hervorgegangen ist, hat sich 2015 weiter verfestigt. Entsprechend der Ausrichtung und Propaganda der von ihnen jeweils präferierten Gruppierung sind Jihadisten auch in Deutschland bereit, wie in verschiedenen anderen europäischen Ländern geschehen, schwere Gewaltverbrechen zu begehen, um den Zielen ihrer Jihadistengruppe zu dienen. Im Zusammenhang mit den im Jahr 2015 begangenen jihadistisch motivierten Anschlägen im Ausland hat die Zahl entsprechender Warnhinweise mit Bezug nach Nordrhein-Westfalen in erheblichem Maße zugenommen.

Zu den vier Themenbereichen konnten im Berichtsjahr im Einzelnen folgende Entwicklungen beobachtet werden:

Entwicklungen im Bereich „Missionierung/Rekrutierung“

Der Begriff „Dawa“ (Aufruf oder Einladung zum Islam) wird von extremistischen Salafisten zur Bezeichnung ihrer Missionierungstätigkeiten genutzt und stellt das grundlegende Betätigungsfeld der Szene dar. Wurden im Jahr 2014 öffentlichkeitswirksam „street-dawa“ (Straßenmissionierung) durchgeführt und Predigten auf Großveranstaltungen gehalten, wichen die extremistisch-salafistische Szene im Jahr 2015 zunehmend in den nicht-öffentlichen Raum wie Privaträume und angemietete Hallen oder kleinere Veranstaltungsformen aus. Die Kampagne **Lies!** (Koranverteilung im öffentlichen Raum) lief jedoch wie bisher weiter.

► Pierre Vogel

Der salafistische Prediger Pierre Vogel nahm im Berichtsjahr an diversen Benefiz- und Spendengalas der salafistischen Szene sowie an einem von Sven Lau organisierten Zeltlager teil. Im Gegensatz zu 2014 ist Vogel erheblich seltener aufgetreten. Seine Präsenz im Internet, vor allem in den sozialen Netzwerken, war aber nach wie vor ungebrochen hoch. Er adressierte seine Zuhörerschaft mit diversen Statements auch zu aktuellen Geschehnissen, um seine Botschaften zu verbreiten. Er steigerte sein Engagement in der sogenannten „Wohnungs-Dawa“. Einem ausgesuchten Personenkreis wird dabei



Pierre Vogel bei einer Kundgebung.

die salafistische Ideologie in einem privaten Umfeld in Form von Vorträgen, Gesprächskreisen und gemeinsamen Gebeten näher gebracht. Bei dieser Form der Missionierung wenden sich Szeneangehörige direkt an salafistische Prediger, um sie in Privatwohnungen einzuladen.

► Sven Lau

Der in salafistischen Kreisen ebenfalls populäre Prediger Sven Lau, der dem zwischenzeitlich aufgelösten Netzwerk **Einladung zum Paradies (EZP e.V.)** angehörte, verstärkte neben der seit Jahren praktizierten Missionierung im Internet sein Engagement in der Gefangenenhilfe. Er organisierte eine Kundgebung in Wuppertal unter dem Motto „Solidarität für muslimische Gefangene“ und trat als Redner auf einer gleichgelagerten Veranstaltung in Düsseldorf auf. Ähnlich wie bei Pierre Vogel ist bei Sven Lau die Anzahl der öffentlichen Auftritte rückläufig. Neben Auftritten auf Benefiz- und Spendengalas engagierte Lau sich ebenfalls vermehrt in der sogenannten „Wohnungs-Dawa“. Er hielt Ende des Jahres gemeinsam mit dem Verantwortlichen des Missionierungsnetzwerkes **Siegel der Propheten** ein „Dawa-Seminar“ ab, das speziell für Teilnehmer an Informationsständen konzipiert wurde.

Am 15. Dezember 2015 wurde gegen Sven Lau in Mönchengladbach ein Haftbefehl vollstreckt. Dieser wurde im Rahmen des gegen ihn durch den Generalbundesanwalt in Karlsruhe eingeleiteten Ermittlungsverfahrens wegen des Verdachts der Unterstützung einer ausländischen terroristischen Vereinigung vom Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof erlassen. Lau befindet sich seitdem in Untersuchungshaft. Die Reaktion der Szene auf seine Festnahme hielt sich insgesamt in Grenzen. Die bereits nach seiner Festnahme im Jahr 2014 initiierte Aktion „Free Abu Adam“ wurde wieder aufgegriffen. Aufrufe zu Veranstaltungen hat es aber in diesem Kontext bisher noch nicht gegeben.



Rene Anhuth/ANCNews/dpa

Verhaftung von Sven Lau am 15. Dezember 2015

► Verteilen von Koran-Übersetzungen

Das Netzwerk **Die Wahre Religion** um den in Köln lebenden salafistischen Prediger Ibrahim Abou Nagie bildet weiterhin einen Schwerpunkt innerhalb des extremistischen Salafismus. **Die Wahre Religion** ist bundesweit aktiv und betreibt ein eigenes Web-Angebot. Über dort ebenfalls in Erscheinung tretende salafistische Akteure aus Nordrhein-Westfalen sind eindeutig Bezüge zum extremistischen Salafismus erkennbar. **Die Wahre Religion** erregt Aufsehen durch die Verteilung von deutschsprachigen Koranexemplaren unter dem Kampagnentitel **Lies!**.

Die Aktionen sind ähnlich wie bei einem Franchise-System organisiert. Eine Zentralstelle leitet an, die Verantwortlichkeit für die Aktionen vor Ort übernehmen jedoch lokale Akteure. Ihr vorrangiges Ziel ist dabei nicht die tatsächliche Konversion aller in Deutschland lebenden Menschen zum Islam, sondern das Provozieren medialer und staatlicher Reaktionen und die Bindung bereits affiner Anhänger. Nach Selbstwahrnehmung und Darstellung von Salafisten geht es beim Umgang der Behörden und der deutschen Öffentlichkeit mit dem Salafismus um eine vermeintliche „Verfolgung“ aller Muslime in Deutschland. Dies sei Teil eines globalen Krieges „des Westens“ gegen „den Islam“.

In Nordrhein-Westfalen hat es im Jahr 2015 etwa 350 Koranverteilungen gegeben. Die Verteilaktionen werden in sozialen Netzwerken intensiv medial verwertet und beworben. Dabei werden



Auszug der Internetseite **Die Wahre Religion** zur **Lies!**-Kampagne

auch regelmäßig Besucher an den Ständen fotografiert und die Bilder online gestellt. Rund 400 Personen der Szene konnten bislang diesem Netzwerk in verschiedenen Funktionen zugerechnet werden. Damit ist **Lies!** das derzeit mitgliederstärkste Netzwerk im Bereich des extremistischen Salafismus.

Koranverteilungen im Zusammenhang mit der **Lies!**-Kampagne sind eindeutig als salafistisch extremistische Aktionsformen zu bewerten, für sich genommen rechtlich grundsätzlich aber nicht sanktionierbar. Sie dienen einem Heranführen junger Menschen an die extremistische Szene. Ein ordnungsrechtliches Vorgehen gegen diese Aktionsform der „Street Dawa“ gestaltet sich jedoch schwierig, da die Verteilungen in der Regel zwar Ausdruck einer extremistischen Gesinnung sind, aber nicht unmittelbar zu strafbaren Handlung und einer Gefährdung der öffentlichen Ordnung führen.

Neben **Lies!** hat sich in Nordrhein-Westfalen ein weiteres Koranverteilungsnetzwerk gebildet. Unter dem Namen **Das Siegel der Propheten** existiert ein Netzwerk, das schwerpunktmäßig im Raum Düsseldorf agiert. Als „Siegel der Propheten“ wird der von den Muslimen als Prophet Mohammed verehrte Religionsstifter des Islam bezeichnet. Bei diesem Netzwerk handelt es sich um eine Abspaltung von **Lies!**. Im Unterschied zu **Lies!**-Ständen werden andere religiöse Schriften unter dem ebenfalls extremistisch-salafistischen Label **Way to Allah** (Der Weg zu Allah) verteilt.

Bestehende Streitigkeiten zum **Lies!-Netzwerk** wurden im Herbst 2015 beigelegt und der Expansionskurs wurde im Dezember wiederbelebt. Verteilaktionen fanden unter anderem in Hannover und Hamburg statt.

Entwicklungen im Bereich „Hilfsorganisationen“

Netzwerke für die Syrienhilfe

Nach dem Scheitern des „Arabischen Frühlings“ in Syrien herrscht dort noch immer ein blutiger Bürgerkrieg, der vor allem die Zivilbevölkerung trifft. Der Konflikt erstreckt sich durch die Invasion des sogenannten **Islamischen Staates** auch auf den Irak und ermöglichte den Aufstieg



Symbol der Kampagne „Siegel der Propheten“. Die Gestaltung lässt eine Ähnlichkeit zur **Lies!**-Kampagne erkennen.

diversen jihadistischen und al-Qaida-naher terroristischer Gruppierungen. Die Bereitstellung humanitärer Hilfe für die syrische Zivilbevölkerung gibt grundsätzlich keinen Anlass zur Beobachtung durch den Verfassungsschutz. Sammel- und Hilfsaktionen extremistisch-salafistischer Netzwerke, die bei der Spendsammlung eine Neigung zu jihadistischen Gruppierungen in Syrien erkennen lassen, werden jedoch in Nordrhein-Westfalen durch den Verfassungsschutz beobachtet.

Es bestehen Anhaltspunkte dafür, dass Gelder, die im Rahmen von Benefizveranstaltungen und Sammelaktionen dieser Netzwerke zusammengetragen werden, teilweise gezielt salafistischen oder sogar terroristischen Netzwerken in Syrien zugehen. Die Gelder verbleiben zum Teil auch in Deutschland und werden hier zur Netzwerkpflege zweckentfremdet. Die nachfolgend genannten Organisationen stehen aufgrund von gewichtigen Anhaltspunkten im Verdacht, sich nicht ausreichend von jihadistischen Gruppierungen zu distanzieren.

► Ansaar International

Bei dem im Jahr 2012 in Düsseldorf gegründeten Verein **Ansaar Düsseldorf e.V.** handelt es sich dem eigenen Verständnis nach um einen Hilfsbund zur Unterstützung notleidender Gläubengeschwister im In- und Ausland. Der Verein führt auch die Bezeichnung **Ansaar International e.V.** Er ist fest mit der deutschen Salafisten-Szene verwoben. **Ansaar Düsseldorf e.V.** unterstützt Hilfsprojekte für bedürftige Muslime weltweit. Innerhalb Deutschlands verfügt die Organisation über mehrere sogenannte „Ansaar International Teams“, die im Namen des Vereins Spenden sammeln, Werbeaktionen durchführen und im Internet mit eigenen Facebook-Auftritten für sich werben. Mitglieder von **Ansaar Düsseldorf e.V.** treten regelmäßig an Informationsständen zum Islam und bei Aktionen zur Verteilung des Korans in Erscheinung.



Spendenauftrag
von Ansaar
International
bei Facebook

Nach eigener Darstellung ist der Verein derzeit in Syrien, Somalia, Marokko, Burma, Indonesien, Tschetschenien, Libanon, Ghana, Afghanistan, Palästina, Thailand und Deutschland aktiv. Der Bau von Moscheen, Schulen und Brunnen sowie Hilfe für Witwen und Waisen sollen laut eigener Aussage zu den grundlegenden Aktivitäten des Vereins gehören. Aktive Nothilfe werde für „Geschwister“ durch Lieferung von Lebensmitteln, Medizin und auch Krankenwagen in Kriegsgebiete geleistet. In Deutschland liege der Schwerpunkt der Aktivitäten auf der Dawa-Arbeit und der Hilfe für in einer akuten Notlage befindliche Menschen.

Nach derzeitigem Erkenntnisstand fokussiert sich **Ansaar International e.V.** auf humanitäre Hilfe für die syrische Zivilbevölkerung. Der Verein unterhält eigenen Angaben zufolge derzeit mehr als 20 Lebensmittellager in Syrien. Zudem betreibe **Ansaar International** ein Krankenhaus in Aleppo und ein Facharztzentrum (Ansaar Medical Clinic) in Idlib.



Auch wenn im Zuge kritischer Berichterstattung in den Medien eine Verbindung zum extremistisch-salafistischen Spektrum vermieden werden sollte, wurden bei Spendensammlungen international bekannte und angesehene salafistische Prediger als besondere Attraktionen eingebunden. Auch das Streben nach Anerkennung als gemeinnützige Organisation ist als Teil eines vordergründigen Legalisierungskurses zu verstehen. Im Internet finden sich hingegen keinerlei Distanzierungen zu extremistisch-salafistischen Predigern oder den Inhalten ihrer Predigten. Vielmehr haben entsprechende Veranstaltungen und Kontakte auch im Jahr 2015 stattgefunden. Somit ist **Ansaar Düsseldorf e.V.** weiterhin als Bestandteil der extremistisch-salafistischen Szene zu werten.

Eine Distanzierung vom sogenannten **Islamischen Staat** geht einher mit der grundsätzlichen Bejahung der vom **IS** abgespaltenen und heute al-Qaida nahen Gruppierung **Jabhat al-Nusra (JaN)**. Die Zustimmung zur „Befreiung“ Idlibs durch die **JaN** und das Betreiben eines Ärztezentrums dort deutet beispielsweise auf eine Nähe zur **JaN** hin. Hilfeleistung in einem von einer jihadistischen Gruppierung kontrollierten Gebiet ist nicht ohne die Zustimmung und das Einvernehmen der örtlichen Machthaber möglich.

► Helfen in Not

Der im Jahr 2013 gegründete Verein **Helfen in Not (HiN)** – vormals mit Sitz in Neuss – bezeichnet sich als Hilfsverein zur Unterstützung notleidender Muslime. Im Vordergrund seiner Aktivitäten steht die Hilfe für vom Bürgerkrieg betroffene Menschen in Syrien. Bei allen Aktivitäten des Vereins in Nordrhein-Westfalen und im übrigen Bundesgebiet zeigt sich jedoch die feste Einbindung in die salafistische Szene, in der auch der „Kampf gegen die Feinde des Islams“, also der militante Jihad, gutgeheißen wird. Im Berichtsjahr 2015 lieferte **HiN** weiterhin medizinische Güter und Kleidung nach Syrien.



Nach Kündigung der bisherigen Räume in Neuss ist der Verein derzeit ohne festen Sitz in Nordrhein-Westfalen. Ein offenes Vereinsleben gestaltet sich nach dem Wegfall dieser Anlaufadresse schwierig. Trotzdem sind umfangreiche Aktivitäten und Reisebewegungen – insbesondere des Vereinsvorsitzenden – zu verzeichnen.

► Medizin mit Herz

Der Verein **Medizin mit Herz** (vormals aktiv unter dem Namen **Medizin ohne Grenzen**) ist im Sommer 2013 gegründet worden und hat seinen Sitz aktuell in Hennef. Der Verein sammelt Hilfsgüter und Krankenwagen für vordergründig humanitäre Zwecke in Syrien. Durch seine Aktivitäten hat er Bezüge über die Region Bonn hinaus auch in andere Bundesländer. Akteure, die für den Verein tätig sind und für ihn werben, können der salafistischen Szene im Raum Bonn zugerechnet werden. Auf dieser Grundlage werden der Verein und seine Aktivitäten durch den Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen beobachtet. Eine wesentliche Änderung hinsichtlich handelnder Personen und der grundsätzlichen Ausrichtung war im Jahr 2015 nicht erkennbar. **Medizin mit Herz** arbeitet aktuell auch mit Personen und Organisationen in Syrien zusammen, die vor Ort logistische Aufgaben erfüllen.



Entwicklungen im Bereich „Gefangenенhilfe“

► Bernhard Falk

Der ehemalige Linksterrorist Bernhard Falk widmet sich wie in den vergangenen Jahren auch der Gefangenенhilfe. Über soziale Netzwerke ruft er regelmäßig zur Unterstützung der vermeintlichen „muslimischen politischen Gefangenen der BRD“ auf. Er teilt dabei mit, in welchen Justizvollzugsanstalten sie einsitzen, beziehungsweise vor welchen Gerichten die entsprechenden

Prozesse stattfinden. Es wird sowohl um Kontaktaufnahme mit den „Geschwistern“, beispielsweise durch Besuche oder Briefsendungen, als auch um Spenden gebeten. Darüber hinaus besucht Falk regelmäßig die Gerichtsverhandlungen, berichtet ausführlich über den Prozessverlauf und teilt seine Einschätzungen zum Verfahrensstand mit. Über die Unterstützungsaufrufe im Internet hinausgehend verteilt Falk auf einschlägigen Veranstaltungen der salafistischen Szene Flyer, um auf die Situation der „muslimischen Gefangenen in der BRD“ aufmerksam zu machen.

Der Gefangenенbetreuung kommt mittlerweile – nicht zuletzt aufgrund der gestiegenen Zahl der Strafverfahren gegen jihadistische Salafisten – in der extremistisch-salafistischen Szene eine besondere Stellung zu. Neben der bloßen Darstellung der Geschehnisse soll auch die Verbündet der salafistischen Ideologie verhindern

Bernhard Falk bezieht deutlich Position gegen den sogenannten **Islamischen Staat**, gibt aber immer wieder positive Statements zu al-Qaida-Gruppierungen ab, die noch zum ursprünglichen Netzwerk des Aiman al-Zawahiri, dem Nachfolger Usama Bin Ladens, gezählt werden können. Insofern ist Bernhard Falk zumindest ideologisch als Jihadist einzuordnen, der durch seine Gefangenенbetreuung einer möglichen Resozialisierung Gleichgesinnter vor, während und nach der Strafhaft aktiv entgegenwirkt.

Er unterstützt beispielsweise massiv die Kampagne „Free Umm Luqman“. Diese Kampagne bezieht sich auf die deutsche und polnische Staatsangehörige Karolina R. – alias Umm Luqman –, die wegen Unterstützung der ausländischen terroristischen Vereinigung **Islamischer Staat** am 24. Juni 2015 zu drei Jahren und 9 Monaten Haft verurteilt wurde. Im Jahr 2013 hielt sich Karolina R. mit ihrem Ehemann nach islamischem Recht und dem im Jahr 2012 geborenen gemein-



Auszug aus dem Internetauftritt von Bernhard Falk

samen Sohn in Syrien auf. Nach ihrer Rückkehr nach Deutschland Ende 2013 führte sie Sachmittel- und Spendensammlungen durch. Sie tätigte im Februar 2014 in mindestens fünf Fällen Überweisungen an ihren noch in Syrien befindlichen Ehemann zur Unterstützung des IS.

Entwicklungen im Bereich „Jihadismus“

► Tauhid Germany

Am 26. März 2015 wurde die Organisation **Tauhid Germany (TG)** vom Bundesminister des Innern in Deutschland verboten. Unter der Bezeichnung **Tauhid Germany** (zeitweise auch **Tauhid Deutschland**) firmierte eine Gruppe, die sich zur Verbreitung salafistischer Propaganda im Internet zusammengeschlossen hatte und die starke Bezüge zum Jihadismus erkennen ließ. Die Aktivitäten von **TG** kamen nach den Verbotsmaßnahmen zum Erliegen. Einer der beiden Hauptakteure von **TG** floh nach dem Verbot der Organisation in die Türkei und entzog sich dadurch einer Haftstrafe, zu der er wegen der Ausschreitungen in Solingen im Mai 2012 verurteilt worden war.

► Ehemaliges Umfeld von Millatu Ibrahim

Die beiden Rädelsführer der im Jahr 2012 verbotenen Vereinigung **Millatu Ibrahim (MI)** Mohammed Mahmoud und Dennis Cuspert, die sich dem sogenannten **Islamischen Staat** ange schlossen haben, betrieben im Berichtsjahr weiterhin Propaganda über das Internet.

Im August 2015 erschien ein offizielles Propaganda-Video der Medienstelle des **IS** im Internet. Erstmals wendet sich ein deutschsprachiges Video explizit an Deutschland und Österreich. Im Verlauf des Videos wird die Hinrichtung zweier durch den **IS** gefangen genommener syrischer Soldaten gezeigt. Bei einem der **IS**-Kämpfer, die im Video zu sehen sind, handelt es sich um den bis zu seiner Ausreise in Königswinter wohnenden Yamin Houssein A. Z., der mutmaßlich im Dezember 2014 nach Syrien ausgereist ist.

Auch der ehemalige **MI**-Protagonist Christian Emde alias Abu Qatahad sorgte aufgrund eines von einem bekannten deutschen Journalisten geführten und stark verbreiteten Interviews im irakischen Mossul für mediales Echo. Emde bekannte sich unmissverständlich zum **Islamischen Staat**.



► Lohberger Gruppe

Bislang konnten rund 30 Personen identifiziert werden, die der salafistischen Szene Lohberg zuzuordnen sind beziehungsweise waren.

Gegen mehrere dieser Personen sind aktuell staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren anhängig. Etwas mehr als ein Dutzend Mitglieder der sogenannten **Lohberger Gruppe** sind nach Syrien ausgereist. Vier davon sind vor einem möglichen Kampfeinsatz wieder zurückgekehrt.

Einige Personen scheinen sich zumindest anfangs gemeinsam unter der Bezeichnung „Brigade Lohberg“ in Syrien aufgehalten zu haben. Diese Bezeichnung wurde durch Internet-Propaganda bekannt gemacht und suggerierte die Existenz einer zusammenhängenden deutschsprachigen Gruppe. Über die reine Propaganda hinaus sind keine Aktionen dieser vermeintlichen „Brigade“ bekannt geworden. Eine Ausstrahlung in die verbliebene Szene in Lohberg hinein konnte nicht festgestellt werden. Ebenso wenig sind neue Verlautbarungen der „Brigade“ bekannt geworden.

Informationen über die Gruppe legen nahe, dass die Mitglieder sich dem sogenannten **Islamischen Staat** in Syrien angeschlossen haben und sich im Laufe der Zeit anscheinend verteilt und in verschiedenen Regionen in Syrien beziehungsweise dem Irak aufgehalten haben.

Der aus Dinslaken stammende Philip B., alias Abu Usama al-Almani, wurde in der Vergangenheit als ein Hauptprotagonist der **Lohberger Gruppe** eingeschätzt. Er bekannte sich als einer der ersten in einem im Internet veröffentlichten Video zum **Islamischen Staat** und legte ein Gelübde auf „den Kalifen“ al-Baghdadi ab. Eine im Internet und medial verbreitete Mitteilung besagte, dass eine Person mit Namen Abu Usama al-Almani durch ein Selbstmordattentat zum „Märtyrer“ geworden sei. Ob es sich dabei tatsächlich um Philip B. handelt, kann der Verfassungsschutz NRW nicht mit letzter Gewissheit bestätigen. Auffällig ist, dass seitdem keine weiteren Bekennisse des Philip B. öffentlich geworden sind.

Der ebenfalls aus Dinslaken stammende Mustafa K. wurde einer größeren Öffentlichkeit durch ein im Februar 2014 im Internet veröffentlichtes Fotos bekannt, das ihn mit geköpften mutmaßlichen kurdischen Kämpfern in Nord-Syrien zeigt. Mustafa K. soll Ende 2014 bei Kampfhandlungen getötet worden sein.

Mit der Ausreise von rund einem Dutzend Hauptprotagonisten scheint der wesentliche Kern der Gruppe Dinslaken verlassen zu haben. Allerdings sind weitere Salafisten in Dinslaken und Duisburg bekannt, die in einem Kennverhältnis zu den Ausgereisten standen beziehungsweise, ohne Syrien erreicht zu haben, zurückkehrten. Es besteht somit weiterhin die Gefahr, dass sich zukünftig Personen aus der Region radikalisieren und ebenfalls versuchen, auszureisen.

Nils D., ein Mitglied der **Lohberger Gruppe**, wurde nach seiner Rückkehr aus Syrien im Januar 2015 festgenommen. Im Januar 2016 hat beim OLG Düsseldorf die Hauptverhandlung gegen

ihn begonnen, in deren Verlauf Nils D. umfassend zu seiner Mitgliedschaft im sogenannten **Islamischen Staat** aussagt. Auf diese Weise können zahlreiche Hinweise zu Radikalisierungsverläufen innerhalb der deutschen Extremisten-Szene und zur Situation auf dem Gebiet des sogenannten **Islamischen Staats** gewonnen werden.

► Al-Shabab

Am 8. und am 20. September 2014 hat der Generalbundesanwalt mehrere Personen am Flughafen in Frankfurt am Main festnehmen lassen. Sie werden beschuldigt, sich als Mitglieder an der ausländischen terroristischen Vereinigung **al-Shabab** beteiligt zu haben. Sie sollen im Jahr 2012 von Deutschland aus nach Somalia gereist sein, um sich **al-Shabab** anzuschließen. Dabei sind sie dringend verdächtig, in einem Lager der Terrororganisation eine Ausbildung im Umgang mit Schusswaffen und Handgranaten durchlaufen und in der Folge an Einsätzen der Terrororganisation teilgenommen zu haben. Zwei Beschuldigten wird zudem vorgeworfen, die Absicht verfolgt zu haben, sich dem sogenannten **Islamischen Staat** anzuschließen. Am 9. März 2015 erhab die Bundesanwaltschaft vor dem Oberlandesgericht Frankfurt am Main Anklage.

Die radikal-islamische **al-Shabab** hat sich zu dem am 26. Juli 2015 verübten Selbstmordanschlag auf das Al-Jazeera Palace Hotel in Somalias Hauptstadt Mogadischu bekannt, das von vielen Diplomaten und Regierungsbeamten genutzt wurde. Der aus Bonn stammende 30-jährige Abdirizak B. hat einen mit Sprengstoff beladenen LKW zur Explosion gebracht. Neben dem Selbstmordattentäter kamen mindestens weitere 15 Menschen ums Leben. B. war 2012 zunächst über Ägypten nach Somalia ausgereist, um sich dort der **al-Shabab** anzuschließen. Er gehörte in Deutschland einer Gruppe radikaler Somalier an, die als „Deutsche al-Shabab“ bekannt waren. Mehrere weitere Mitglieder reisten in den vergangenen Jahren nach Somalia aus, um für die **al-Shabab** zu kämpfen.

Nach Verlautbarung der **al-Shabab** war der Anschlag „die Vergeltung für die Tötung dutzender unschuldiger Zivilisten bei Angriffen äthiopischer Truppen auf Lager der Miliz im Süden Somalias.“.

Al-Shabab bekämpft seit Jahren die somalische Regierung sowie Truppen der Afrikanischen Union. Sie verantwortet zudem mehrere schwere Anschläge in Kenia.

Gegen den deutschen Staatsangehörigen Andreas Martin M. (alias Ahmed Khaled M.) führt der Generalbundesanwalt seit Juni 2015 ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts des gemeinschaftlichen Mordes in Tateinheit mit der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im außereuropäischen Ausland (**Al-Shabab**). M. soll an Anschlägen auf eine Kirche in Nairobi (2012), auf das kenianische Einkaufszentrum „Westgate“ in Nairobi (2013) und auf eine Militärbasis in Kenia (2015) beteiligt gewesen sein.

M. wird mittlerweile mit Fahndungsplakat und der Ausschreibung einer Belohnung von 10 Millionen Kenia-Schilling (rund 90.000 Euro) gesucht.



Öffentliche Fahndung
nach dem deutschen
Staatsangehörigen
Andreas Martin M.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Der extremistische Salafismus findet in seinen verschiedenen ideologischen Ausprägungen auch in Nordrhein-Westfalen weiterhin Zulauf von meist jungen Menschen.

Durch den Fortgang des brutalen Bürgerkrieges im Irak und in Syrien sowie der kriegerischen Konflikte in weiteren Teilen der islamischen Welt bestehen staats- und regierungsfreie Räume. Dies bietet Terrorgruppierungen mit jihadistischer Ideologie die Möglichkeit, ihren Machtbereich in diesen Freiräumen zu etablieren. Ihre militärischen Erfolge und ihre im Internet verbreitete Selbstinszenierung als „mustergültige islamische Staaten“ erhöhen deren Attraktivität in der hiesigen salafistischen Szene. In der Folge wird der Drang zur Ausreise fortbestehen mit dem Ziel, sich diesem extremistisch-salafistischen Modell anzuschließen. Damit steigt gleichzeitig die Zahl derer weiter an, die mit Kampfausbildung und -erfahrung potenziell wieder zurückkehren und über deren Rückkehrmotive zuerst einmal nur spekuliert werden kann. Die hierdurch entstandenen und noch entstehenden Risiken für die innere Sicherheit in Nordrhein-Westfalen sind schwer kalkulierbar.

Ausgereiste Jihadisten erhalten in den „befreiten Gebieten“ des sogenannten IS eine Ausbildung an Waffen. Sie können mit gleichgesinnten Personen aus Europa und anderen Teilen der Welt Netzwerke knüpfen und beispielsweise Anschlagspläne gegen westliche Ziele entwickeln. Dies

zeigen die zurückliegenden Ereignisse in Frankreich, Belgien und Dänemark sowie konkrete Drohungen, die Deutschland als Anschlagsziel benennen. Der zunehmende Druck auf den sogenannte **IS** und die damit einhergehenden militärischen Niederlagen erhöhen die Anschlagsgefahr in Europa zusätzlich. Erfolgsnarrative, die die Einheit des sogenannten **IS** beschwören, werden durch die Ausführung von Anschlägen auf Ziele in der westlichen Welt untermauert.



Drohvideo des **IS**, in dem Deutschland ausdrücklich als Angriffsziel genannt wird.

Als Rückkehrer mit Terrorausbildung und Kampferfahrung stellen die Jihadisten eine langfristige Gefahr dar. Auch wenn sie eine Zeit lang nicht auffällig sein sollten, bleiben sie dennoch potentiell gewaltbereit. Dies wird in Zukunft eine große Herausforderung für die deutschen Sicherheitsbehörden darstellen.

Weitere Informationen zum Hintergrund

🌐 www.mik.nrw.de, Web-Link: vs_extsalaf